

Bremische Bürgerschaft

Stadtbürgerschaft

18. Wahlperiode

Anfragen in der Fragestunde

1. 17.02.15

Instandhaltung der Übergangswohnheime von Flüchtlingen verbessern

Wir fragen den Senat:

1. Wie ist die Instandhaltung der Übergangswohnheime für Flüchtlinge geregelt?
2. Worin liegen die Gründe für den Sachverhalt, dass in einer Wohneinheit im Übergangswohnheim Arberger Landstraße, die über Immobilien Bremen angemietet ist, seit zwei Monaten keine Flüchtlinge untergebracht werden können?
3. Welche Lösung strebt der Senat an, um Instandhaltungsprobleme bei Immobilien Bremen hinsichtlich der Flüchtlingsunterbringung zu verbessern?

Ruken Aytas, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

2. 17.02.15

Mindestlohn bei Bremer Taxifahrern

Wir fragen den Senat:

1. Wie kontrolliert der Senat zurzeit die Einhaltung des Mindestlohngesetzes im Bereich der Bremer Taxifahrerinnen und Taxifahrer, und welche Pläne hat er für effektive Kontrollen in der Zukunft?
2. Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit bei solchen Kontrollen mit den Zollbehörden und anderen zuständigen Stellen?
3. Wie beurteilt der Senat das sogenannte Hamburger Modell, bei dem die zuständige Verkehrsgewerbeaufsicht in Sachen Einhaltung des Mindestlohnes schon frühzeitig aktiv auf die Taxiunternehmen zugegangen ist und neben angekündigten intensiven Kontrollen und Sanktionen auch den vorzeitigen freiwilligen Einbau des ab 2017 obligatorischen sogenannten Fiskaltaxameters finanziell fördert?

Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

3.

17.02.15

Fleischatlas 2014 auch in Bremer Schulen?

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat den möglichen Einsatz des „Fleischatlas 2014“ von BUND, Le Monde diplomatique und der Heinrich-Böll-Stiftung, der in Schulen in Niedersachsen schon Verwendung findet, als Material auch in Bremer Schulen?
2. Welche Initiativen verfolgt und plant der Senat, Schülerinnen und Schüler zukünftig noch stärker in Ernährungsthemen zu sensibilisieren, und welche Rolle können dabei der „Fleischatlas 2014“ oder ähnliche Publikationen spielen?

Jan Saffe, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

4.

23.02.15

Aufforderungen an Hartz-IV-Empfängerinnen und Hartz-IV-Empfänger zur Mietsenkung

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Aufforderungen zur Mietsenkung sind mit welchem Ergebnis insgesamt im Jahr 2014 vom Jobcenter an Hartz-IV-Empfängerinnen und Hartz-IV-Empfänger ergangen?
2. Kann der Senat garantieren, dass keine Mietsenkungen bei Aufstockerinnen und Aufstockern erfolgen, die ihre Wohnung zur Erzielung zusätzlichen Einkommens nutzen?
3. Wie viele Hartz-IV-Empfängerinnen und Hartz-IV-Empfänger in Bremen bekommen im Rahmen der Kosten der Unterkunft aktuell nicht die volle Höhe ihrer Bruttokaltmiete erstattet?

Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

5.

23.02.15

Gewinnausschüttung der GEWOBA 2015

Wir fragen den Senat:

1. Wann wird der Aufsichtsrat der GEWOBA darüber entscheiden, welchen Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns er der Hauptversammlung vorschlagen wird?
2. Verfolgt der Senat dabei das Ziel, die Gewinnausschüttung der GEWOBA zu senken, wie es im Positionspapier der SPD-Fraktion vom Mai 2013 vom Senat gefordert wurde?

3. In welcher Weise ist der Senat nach dem Verkauf der „Grohner Düne“ dafür aktiv geworden, die Vorgaben der GEWOBA für die objektbezogene Mindestrendite bei strategisch wichtigen Beständen zu lockern, damit künftig der öffentliche Ankauf solcher Bestände nicht mehr an diesen internen Vorgaben scheitert?

Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

6.

24.02.15

Rußpartikelfilterpflicht bei Eigen- und Beteiligungsbetrieben

Wir fragen den Senat:

Welche bremischen Eigen- und Beteiligungsbetriebe bringen in der Stadtgemeinde Bremen Baumaschinen zum Einsatz, für die die Rußpartikelfilterpflicht ab 2016 - abweichend von privaten Unternehmen, die sich auf öffentliche Bauaufträge bewerben - nicht gilt?

Wie viele solcher Baumaschinen waren im Jahr 2014 (hilfsweise im Jahr 2013) bei den bremischen Eigen- und Beteiligungsbetrieben im Einsatz, und welche Emissionen haben sie verursacht?

Frank Imhoff, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

7.

25.02.15

Sportwettläden in Bremen

Wir fragen den Senat:

1. Ist dem Senat bekannt, dass es in Bremen unlicenzierte Sportwettangebote gibt?
2. Wenn ja, wie verfährt der Senat mit unlicenzierten Sportwettläden?
3. Wie wird das Verbot illegaler Sportwettläden durchgesetzt?

Björn Fecker, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

8.

25.02.15

Datenschutzbeauftragte bei jeder einzelnen Innung?

Wir fragen den Senat:

Wie beurteilt der Senat die zurzeit in der Diskussion stehende Forderung, dass jede einzelne der 27 bremischen Innungen eigene Datenschutzbeauftragte einzurichten habe, angesichts der Tatsache, dass die Vorstände und Ausschussmitglieder der Innungen ehrenamtlich arbeiten und die Innungen in satzungsgemäßen und

gesetzeskonformen Rahmen die Kreishandwerkerschaft mit ihrer Geschäftsführung beauftragt haben, die als „Dach über den Innungen“ über einen Datenschutzbeauftragten verfügt?

Dr. Maïke Schaefer, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

9.

25.02.15

Ambulante Versorgungsbrücken vor dem Aus?

Wir fragen den Senat:

Wie bewertet der Senat die Arbeit des Vereins Ambulante Versorgungsbrücken e. V.?

Welche Möglichkeiten sieht der Senat, dass der Verein auch zukünftig seine Arbeit fortführen kann?

Sandra Ahrens, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

10.

27.02.15

Kulturkarte zum Ausbildungsstart

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die Idee, für studentische Erstsemester durch eine „Kulturkarte“ für drei Monate den kostenlosen Besuch von Kulturveranstaltungen zu ermöglichen, und wie wird diese finanziert?

2. Hält der Senat es für sinnvoll und machbar, eine „Kulturkarte“ auch betrieblichen Auszubildenden am Beginn ihrer Ausbildung anzubieten?

3. Welche Kultureinrichtungen werden sich daran beteiligen, und welche haben schon aus der Vergangenheit Erfahrungen mit entsprechenden Angeboten?

Carsten Werner, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

11.

02.03.15

Mietwohnungen für Flüchtlinge

Wir fragen den Senat:

Welche Informations- und Kommunikationsstrategie verfolgt der Senat gegenüber privaten Vermieterinnen und Vermietern, um die bestehenden Möglichkeiten des § 549 Abs. 2 Nr. 3 BGB, der die Vermietung von Wohnungen an Personen mit dringendem Wohnungsbedarf (Flüchtlinge) durch die Einführung eines Haupt- und Untermietverhältnisses erleichtert, bekannter zu machen?

Welche sonstigen Maßnahmen ergreift der Senat, um die Anzahl der Mietverhältnisse im Sinne der genannten Rechtsvorschrift zu erhöhen, und inwiefern bezieht der Senat dabei die Erfahrungen anderer Städte im Sinne eines Best Practice ein?

Silvia Neumeyer, Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

12.

06.03.15

Stillstandszeiten beim Klinikneubau am KBM

Wir fragen den Senat:

Zu welchen Stillstandszeiten der einzelnen Gewerke ausführenden Unternehmen kam es im Jahr 2015 beim Klinikneubau am Klinikum Bremen-Mitte (KBM)?

Welche Gewerke betrafen die Stillstände, und was war dafür ursächlich?

Welche Auswirkungen haben diese Stillstände auf Baukosten und Bauzeit?

Rainer Bensch, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

13.

09.03.15

Weitergabe interner Behördenvermerke an die Presse

Ich frage den Senat:

1. Kommt es häufiger vor, dass interne Vermerke von senatorischen Behörden wie dem Bauressort als „Exklusiv-Information“ an die Medien weitergegeben werden, wie die Rückäußerung eines Verantwortlichen beim „Weser-Kurier“ vermuten lässt, und wenn ja, in wie vielen Fällen ist das im vergangenen Jahr geschehen?

2. Welche Person beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (SUBV) hat einen internen Vermerk der Behörde, wonach eine juristische Prüfung des Antrags auf ein Volksbegehren der „Initiativen für Bremen“ bau- und verfassungsrechtliche Bedenken ergeben habe, an den „Weser-Kurier“ übermittelt, und von welchem Mitarbeiter stammt dieser Vermerk?

3. Wieso hatten von dem Vermerk aus Frage zwei auf Anfrage weder der Pressesprecher noch die Bürgerbeauftragte beim SUBV Kenntnis, obwohl dessen Inhalte zu diesem Zeitpunkt zumindest teilweise vom „Weser-Kurier“ öffentlich gemacht worden waren?

Dr. Martin Korol (BIW)